

# Eine überraschend deutliche Abfuhr

Die Volksinitiative «Bezahlbare Kinderbetreuung für alle» bleibt unter 30 Prozent Ja-Stimmen

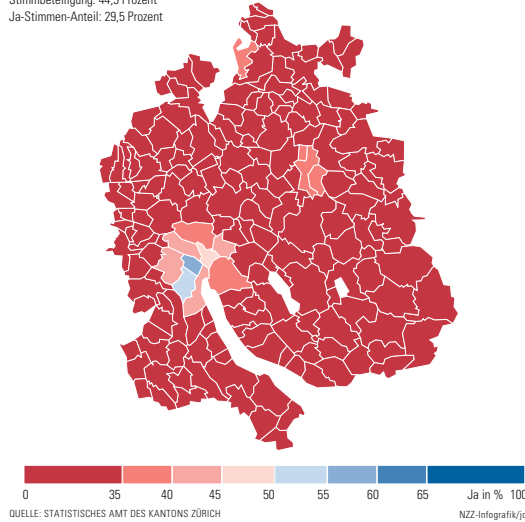
Nur in den linken Stadtzürcher Hochburgen hat die Initiative «Bezahlbare Kinderbetreuung für alle» Mehrheiten erreicht. Das Initiativkomitee bezweifelt, dass die hohe Ablehnung mit seinem Lösungsvorschlag allein erklärt werden kann.

WALTER BERNET

Zählt man die Resultate der SP, der Grünen und der Alternativen Liste in der Kantonsratswahl von 2015 zusammen, kommt man auf einen Wähleranteil von 29,87 Prozent. Praktisch gleich hoch liegt mit 29,5 Prozent die Zustimmungsrate, welche die Volksinitiative «Bezahlbare Kinderbetreuung für alle» am Sonntag erzielte. Vieles hatte darauf hingewiesen, dass die Initiative auch über die Linke hinaus auf Sympathien stossen würde. So war es den Initianten gelungen, für das Komitee Persönlichkeiten aus verschiedenen Lagern zu gewinnen. Unter anderen hatte sich die Eglisauer Gemeindepräsidentin Ursula Fehr (svp.) für die Initiative eingesetzt – mit dem Erfolg, dass die Initiative in Eglisau besser als in Bilach, wenn auch etwas schwächer als in Rorbas, abschneidet.

## Kinderbetreuungsfonds

Stimmeteiligung: 44,3 Prozent  
Ja-Stimmen-Anteil: 29,5 Prozent



## Administrative Entlastung

Nur in Zürich, in einigen Winterthurer Abstammungskreisen und in der Gemeinde Rheinau erzielten die Initianten mit mehr als einem Drittel Zustimmung Achtungserfolge. Selbst in den übrigen Parlamentsgemeinden und in den grossen Kommunen der Agglomeration blieben die Zustimmungsraten mit Ausnahme von Uster, Dietikon und Schlieren unter 30 Prozent. «Grosse Freude» darüber zeigte am Sonntag die Zürcher Regierung, für die Bildungsdirektorin Silvia Steiner vor die Medien trat.

Es sei richtig, dass die Entscheidung, ob mehr Krippenplätze oder ein Ausbau des Mittagstisches die bessere Lösung sei, bei den Gemeinden verbleibe, die das am besten beurteilen könnten. Viele Firmen hätten in den letzten Jahren von sich aus Angebote und Modelle erarbeitet, die von eigenen Krippen bis zu Lösungen mit Home-Office und flexiblen Arbeitszeiten reichten. Die Krippen müssten tatsächlich billiger werden, sagte Steiner, aber nicht durch eine zusätzliche Belastung der Firmen und den Aufbau einer zusätzlichen Administration. In ihrer Direktion hätte die Initiative die Schaffung von einer bis zwei neuen Stellen bedeutet. Sie versprach, am Thema dran zu bleiben.

Dieser Diagnose schliessen sich die Kritiker der Initiative aus SVP, FDP, CVP und Wirtschaftsverbänden in ihren

Stellungnahmen an. Zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie brauche es innovative Lösungsansätze, eine radikale administrative Entlastung der Anbieter sowie mehr Wettbewerb, schreibt der Kantonale Gewerbeverband. SVP, FDP und CVP haben bereits einen entsprechenden Vorstoss im Kantonsrat eingereicht. Die SVP ergänzt, aus ihrer Sicht sei die Betreuung der Kinder in erster Linie Sache der Eltern.

## So nicht finanzierbar

Das Initiativkomitee gesteht die überraschend hohe Niederlage ein. Es frage sich, ob das nur an der vorgeschlagenen Lösung liege oder ob auch eine generelle Abneigung gegen das Anliegen, dass die Gesellschaft einen Teil der Betreuungskosten tragen soll, zum schlech-

## Ergebnisse der kantonalen Abstimmung im Kanton Zürich

Stimmeteiligung: 44,3 Prozent

Kreis	Kinderbetreuungsfonds		
	Ja	Ja %	Nein
1+2	4088	40,1	5889
3	6038	51,7	5648
4+5	5558	58,6	3829
6	4338	45,9	5105
7+8	5724	36,6	9900
9	4861	40,4	7172
10	5313	44,9	6514
11	5490	38,3	8858
12	2104	41,2	3001
<b>Stadt Zürich</b>	<b>43 514</b>	<b>43,7</b>	<b>56 016</b>

## Bezirke

Affoltern	3865	24,6	11 968
Andelfingen	2024	20,4	7900
Bülach	8186	24,6	25 071
Dielsdorf	4417	21,9	15 727
Dietikon	4749	24,6	14 526
Hirwil	5863	23,7	18 902
Horgen	8678	24,9	26 140
Meilen	7148	22,2	24 996
Pfäffikon	3782	22,5	13 041
Uster	8966	26,7	24 593
Winterthur	12 934	27,4	34 278
Zürich	43 514	43,7	56 016
<b>Kanton Zürich</b>	<b>114 128</b>	<b>29,5</b>	<b>273 058</b>

ten Resultat beigetragen habe. Die Frage, wie die Krippen und der angestrebte Ausbau der schulergänzenden Betreuung und der Tagesschulen finanziert werden könnten, bleibe jetzt offen.

Klar sei, dass die heute schon stark belasteten Städte und Gemeinden nicht in der Lage seien, die dafür nötigen Ausgaben alleine zu schulern, schreibt das Komitee. Die Sparprogramme der Regierung würden das Problem noch verschärfen. Mit dem Abbau administrativer Hürden sei das Finanzierungsproblem jedenfalls nicht zu lösen. Als verpasste Chance bezeichnet die SP das Abstimmungsresultat. Das Thema sei alles andere als vom Tisch. Alle Beteiligten hätten ihren Beitrag zu leisten. Man dürfe nicht einseitig die Wirtschaft aus der Verantwortung nehmen, wie das die Gegner der Initiative getan hätten.

## Kommentar Die falsche Lösung

VON WALTER BERNET

Die hohen Kosten für die ausserfamiliäre Kinderbetreuung sind für viele Eltern ein Problem. Im Fokus standen vor der Abstimmung über die Initiative «Bezahlbare Kinderbetreuung für alle» namentlich die gut ausgebildeten Eltern, die man gerne als Fachkräfte in den Betrieben sähe. Verdienen diese Eltern doppelt, so haben sie Krippentarie zu bezahlen, die oft das Zweiteinkommen wieder auffressen. So weit, so unbestritten.

Genau dieses Problem wollte die von der Alternativen Liste lancierte Volksinitiative mit Geld lösen, für das die Wirtschaft als Nutzniesserin aufkommen sollte. Als scheinbar gerechte, weil für alle Betriebe gleiche Lösung befand man die Lohnabgabe zur Fütterung eines Betreuungsfonds mit jährlich 120 Millionen Franken. Diese «Krippensteuer» stürzte am Sonntag böse ab. Selbst in den Stadtzürcher Kreisen 4 und 5, die als einzige im Kanton neben dem Zürcher Kreis 3 ja zur Initiative sagten, konnte die Linke ihr Potenzial, misst man dieses an den letzten Wahlergebnissen, nicht ausschöpfen. Und auf dem Land, wo die Initianten einen erheblichen Nachholbedarf an Krippenplätzen orteten, sanken die Zustimmungsraten vielerorts unter 20 Prozent.

Warum? Es mag damit zusammenhängen, dass eine bestimmte, von den Vergünstigungen subventionierter Krippenplätze ausgeschlossene Gruppe von Eltern am meisten profitiert hätte. Die Organisation und Bezahlung der Kinderbetreuung in einer doch recht kurzen Zeitspanne sei dieser Gruppe zuzumuten, könnte eine häufige Überlegung gewesen sein. Entscheidend dürften aber in einem Kanton, in dem die meisten Arbeitnehmer in Klein- und Mittelbetrieben verwurzelt sind, grundsätzliche Erwägungen gewesen sein. So hat sich die 2010 an der Urne eingeführte Regelung, die von den Gemeinden die Schaffung eines bedarfsgerechten Angebots verlangt, offensichtlich bewährt. Teurer als nötig will man es nicht, auch nicht, wenn die Wirtschaft bezahlt. Und eine mögliche Bevorteilung der Krippen gegenüber anderen Lösungen wollte man nicht in Kauf nehmen.

## Kinderbetreuungsfonds

Abstimmungsresultat in Prozent



## Die Hochzeit ist perfekt

Zwei Ja zur Fusion Horgen - Hirzel

wbt. · Die Stimmbürger der Gemeinde Hirzel haben sich am Sonntag klar für den Anschluss an Horgen ausgesprochen. Etwas weniger eindeutig haben die Horgener Ja zur Eingemeindung Hirzels gesagt. In der 2145 Einwohner zählenden Berggemeinde haben 79 Prozent der Stimmberechtigten sich am Urnentscheid beteiligt. 922 stimmten dem Fusionsvertrag zu, 245 lehnten ihn ab – eine klare Absage an das Hirzeler Komitee, das die Fusion bekämpfte. In der 20 164-Seelen-Gemeinde Horgen erreichte die Stimmeteiligung nur 49,3 Prozent. 3260 Stimmberechtigte oder 59 Prozent sprachen sich für das Zusammengehen mit Hirzel aus, 2653 dagegen. Bei der Grundsatzabstimmung vom November 2015 stimmten noch 64 Prozent der Horgener Ja, obwohl klar war, dass die Fusion nicht gratis sein wird.

Der Weg zur Eingemeindung ist also frei. Die neue Gemeinde wird ihre Tätigkeit am 1. Januar 2018 aufnehmen. Ob die – finanziell gesunde – Gemeinde Hirzel an der kommenden Budget-gemeindeversammlung zusätzlichen Abschreibungen von 6,5 Millionen Franken zustimmen wird, um den Haushalt der neuen Gemeinde zusätzlich zu entlasten, ist zurzeit offen. In Horgen rechnet man damit, dass der Steuerfuss nach der Fusion um 2 bis 3 Prozentpunkte angehoben werden muss. Für die Hirzeler wird er auf jeden Fall rund 40 Prozentpunkte tiefer liegen als heute.

## Kesb-Kritiker Hug in Führung

Zweiter Wahlgang am Obersee

lsc. · Für den amtierenden Stadtpräsidenten von Rapperswil-Jona, Erich Zoller (cvp.), hat es am Sonntag eine böse Überraschung gegeben: Er musste sich bei den Stadtratswahlen klar seinem politischen Erzfeind Bruno Hug (parteilos) geschlagen geben. Während Zoller auf 2431 Stimmen kam, erzielte der umstrittene Unternehmer und Verleger der «Obersee-Nachrichten» 3929 Stimmen und damit das beste Resultat aller vier Kandidaten für das Stadtpräsidium. Die beiden weiteren parteilosen Bewerber, Felix Hof (1819 Stimmen) und Stefan Ritz (550), blieben chancenlos.

Da das absolute Mehr bei fast 4000 Stimmen lag, ist am 6. November ein zweiter Wahlgang nötig. Für Zoller, der stets betont hatte, er rechne nicht mit einem zweiten Wahlgang, ist das Resultat eine klare Schmach – wobei er nun gar mit einer Abwahl rechnen muss. Zu erwarten ist nämlich, dass sich Hof und Ritz zurückziehen werden, zumal die drei Parteilosen nicht nur gemeinsame Wahlwerbung betrieben, sondern auch ein gemeinsames Ziel hatten: Zoller aus dem Amt zu drängen, um einen Wandel zu ermöglichen. Während die etablierten Parteien auf «Kontinuität» setzten und Zoller (zum Teil nicht sonderlich begeistert) unterstützten, hat der als Behörden- und Kesb-Schreck bekannte Verleger Hug offensichtlich von einer weitverbreiteten, aber von vielen unterschätzten Unzufriedenheit profitiert.

## AUS DEN GEMEINDEN

### Dietikon erhält mehr Schulzimmer

vö. · Die Dietiker Behörden können das Schulraumproblem etwas entschärfen: Mit 2971 zu 1270 Stimmen hat der Souverän 5 Millionen Franken für den Bau eines Holzpavillons neben dem Schulhaus Steinmüli bewilligt. Darin sind 6 zusätzliche Klassenzimmer vorgesehen. Stimmeteiligung: 35 Prozent.

### Grünigen kann neues Schulhaus bauen

asü. · Das Grüninger Schulareal Ausergass kann mit einem Neubau ergänzt werden. Mit 57 Prozent haben die Stimmberechtigten dem Projekt zugestimmt, das 73 Millionen Franken kosten soll. Im November kommt die vom Gemeinderat geplante Mehrzweckhalle an die Urne. Stimmeteiligung: 55 Prozent.

### Horgen lehnt den Bau eines neuen Hallenbads ab

wbt. · Die Horgener lehnen zwei Varianten für ein neues Hallenbad ab. Damit votieren sie unausgesprochen für die Sanierung des bestehenden Hallenbads. Die günstigere Version «Sportbad» wurde mit 2653 zu 2607 Stimmen verworfen, die Variante «Familienbads» mit 2743 zu 2586. Es ging nicht um konkrete Projekte, sondern eine Grundsatzabstimmung. Stimmeteiligung: 48,5 Prozent.

### Illnau-Effretikon erteilt Wohn-Initiative Absage

asü. · Die SP erleidet mit ihrer Volksinitiative «Wohnen für alle» Schiffbruch. Mit 3038 Nein- zu 1260 Ja-Stimmen wird in Illnau-Effretikon ihr Begehren abgelehnt, den Anteil gemeinnütziger Wohnungen von 13 auf 15 Prozent zu erhöhen. Mit 60,7 Prozent fällt auch der Gegenorschlag des Stadtrats durch. Er sah ebenfalls vor, den gemeinnützigen Wohnungsbau zu fördern, jedoch ohne konkrete Zahlen zu nennen. Stimm-beteiligung: 43,7 Prozent.

### Maurmer Schulanlage kann minimal ausgebaut werden

wbt. · Die Sekundarschule Looren in Maur kann für 41,5 Millionen Franken saniert und ausgebaut werden. Die Maurer stimmten mit 2212 zu 1616 zu. Zusätzliche Module mit Feuerwehrgebäude und Werkhof, mit Sportanlagen und Vereinshaus für weitere 20 Millionen sind dagegen klar abgelehnt worden. Stimm-beteiligung: 60 Prozent.

### Kein Umbau der Remise beim Richterswiler Seebad

wbt. · Das 2015 vom Volk angenommene Projekt eines Umbaus der Richterswiler Remise beim Seebad zum Kultur- und Begegnungszentrum wird doch nicht realisiert. Die Richterswiler haben mit 2430 zu 1660 einer Initiative zugestimmt, die den Verzicht auf das Projekt wegen der verschlechterten Finanzlage verlangt. Stimm-beteiligung: 49 Prozent.

### Keine neue Turnhalle für Steinmaur

jhu. · Vor drei Jahren hatten die Steinmaurer deutlich Ja gesagt zu einer neuen Turnhalle. Damals ging es aber erst um den Projektierungskredit. Das Projekt, das nun zur Abstimmung kam, war allerdings mit 176 Millionen Franken 20 Prozent teurer als damals prognostiziert. Obwohl die Schulpflege noch eine günstigere Variante hatte ausarbeiten lassen, schmetterten die Steinmaurer beide Vorlagen mit 73 Prozent Nein-Stimmen ab. Stimm-beteiligung: 46,6 Prozent.

### In acht Minuten von Uitikon nach Schlieren

vö. · In den nächsten vier Jahren wird zwischen Uitikon-Waldegg und Schlieren ein Bus verkehren. Das Resultat war knapp: Mit 954 gegen 839 Stimmen hiess der Uitiker Souverän den Kredit von 2,4 Millionen Franken zur Verlängerung der Ortsbuslinie 201 gut. Die Fahrt von Uitikon nach Schlieren wird sich von über einer Stunde auf acht Minuten verkürzen. Stimm-beteiligung: 64 Prozent.

### Urdorf verwirft Einheitsgemeinde

vö. · Alle Ortsparteien waren für die Bildung einer Einheitsgemeinde Urdorf, doch das Stimmvolk hat anders entschieden: Mit 1415 zu 1244 Stimmen sagte es Nein zum Vorhaben, Schul-gemeinde und Politische Gemeinde zusammenzuführen. Stimm-beteiligung: 45 Prozent.